

**Mitglied des Deutschen Bundestages  
für die StädteRegion Aachen**

## Haushaltswoche im Bundestag

Diese Woche stand ganz im Zeichen des ersten Haushaltsentwurfs der neuen Koalition. Wir haben in der viertägigen Haushaltsdebatte viele Zahlen gehört und wichtige Details diskutiert. Dabei sollten wir aber die wichtigste Botschaft der Woche nicht aus den Augen verlieren: Wir schaffen die Abkehr von der Politik der Schuldenfinanzierung, wie sie in den letzten vier Jahrzehnten betrieben wurde. Nach dem strukturellen Haushaltsausgleich in diesem Jahr wollen wir ab 2015 sogar ganz ohne neue Schulden auskommen. Das gab es zuletzt 1969.

Die Ausgaben des Bundes sollen in diesem Jahr 298,5 Milliarden Euro betragen. Gegenüber dem Vorjahr sinken (!) sie also um 11,5 Milliarden Euro bzw. 3,7 Prozent. Die „prioritären Maßnahmen“ des Koalitionsvertrages, mit deren Umsetzung im laufenden Haushaltsjahr begonnen werden soll, sind dabei bereits berücksichtigt, blähen den Haushalt also nicht auf. Und wir investieren: Durch Umschichtungen können wir die Städtebauförderung bei einem Programmvolumen von 700 Millionen Euro verstetigen, zusätzliche Ausgaben für die öffentliche Verkehrsinfrastruktur von rund 500 Millionen Euro aufbringen sowie eine erste Tranche von 200 Millionen Euro für die vereinbarte zusätzliche Entwicklungszusammenarbeit auflegen.

Die Nettoneuverschuldung sinkt um 15,6 auf 6,5 Milliarden Euro. Dies ist der niedrigste Stand seit 40 Jahren. In dieser Summe ist noch die letzte Rate der Kapitaleinzahlung an den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in Höhe von 4,3 Milliarden Euro enthalten.

Wir arbeiten in den nun anstehenden parlamentarischen Beratungen darauf hin, die verbleibende Nettokreditaufnahme wo immer möglich noch weiter abzusenken.



© Deutscher Bundestag /  
Marc-Steffen Unger

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

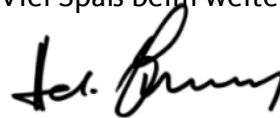


Die CDU hat auf dem Bundesparteitag in Berlin ihr Programm für ein starkes Deutschland in einem starken Europa beschlossen. Die internationale Finanz- und die europäische Staatsschuldenkrise haben gezeigt, dass es uns auf Dauer nur gut gehen kann, wenn es Europa gut geht. Deswegen enthält das Programm Ideen und Leitlinien für alle Politikbereiche und ist umfangreicher als bei früheren Europawahlen. Uns ist Europa so wichtig, dass wir uns gründlich damit beschäftigen. Ohne die Europäische Union ist Deutschland für uns Deutsche heute nicht mehr vorstellbar.

Aber Europa und die EU sind mehr als Euro und Cent, auch mehr als nur Wettbewerbsfähigkeit und Vereinheitlichung von Standards. Europa ist ein Projekt der gemeinsamen Werte und des Friedens. Gerade die letzten Wochen haben uns dies beim Blick auf die Ukraine, aber auch bei unseren Beziehungen zu Afrika oder dem Nahen Osten gezeigt. Beharrlichkeit zahlt sich aus, wie die Wahlen in Afghanistan zeigen. Erstmals ist der Weg frei für einen demokratischen Machtwechsel. Europa muss sich seiner Werte vergewissern und klar machen: Unsere Werte sind nicht verhandelbar, schon gar nicht in Beitrittsverhandlungen.

Wir treten an, damit CDU und CSU auch nach dem 25. Mai gemeinsam wieder eine starke deutsche Gruppe in der Fraktion der Europäischen Volkspartei stellen.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Ihr  
Helmut Brandt MdB

**Mitglied des Deutschen Bundestages  
für die StädteRegion Aachen**

## Asylbewerberzahl in der EU stark angestiegen

Wie aus kürzlich veröffentlichten Zahlen der europäischen Statistikbehörde Eurostat hervorgeht, wurden im Jahr 2013 in der EU28 insgesamt 435.000 Asylbewerber registriert. Das sind 100.000 mehr als noch 2012. Die höchste Anzahl an Bewerbern verzeichnete Deutschland mit 127.000 (29 Prozent), gefolgt von Frankreich (65.000 bzw. 15 Prozent) und Schweden (54.000 bzw. 13 Prozent). Auf eine Million Einwohner kommen in der EU 860 Asylbewerber.

Deutschland lag mit 1.575 Bewerbern pro Million Einwohner über dem Durchschnitt. Die höchsten Quoten verzeichneten Schweden (5.700 pro Million Einwohner), Malta (5.300) und Österreich (2.100). Die meisten Asylbewerber kamen aus Syrien (50.000), Russland (41.000) und Afghanistan (26.000). In Deutschland bildeten Asylbewerber aus Serbien die größte Gruppe (18.000), gefolgt von Russland (15.475) und Syrien (12.855). EU-weit wurde über ein Drittel (34 Prozent) der Anträge in erster Instanz positiv beschieden. In Deutschland waren es nur 15 Prozent, was vor allem darauf zurückgeht, dass Asylbewerber aus den Balkanländern fast nie die Voraussetzungen eines positiven Bescheids erfüllen.

## Steuerbelastung seit 1998 gesunken

Die Bundesregierung erklärte diese Woche, dass die Abgabenlast durch direkte Steuern und Sozialabgaben im Zeitraum zwischen 1998 und 2012 tendenziell gesunken sei. Ausgehend vom durchschnittlichen Jahresarbeitslohn kommt man zu dem Ergebnis, dass sich der Anteil des verfügbaren Einkommens erhöht hat. So habe der durchschnittliche Jahresarbeitslohn eines ledigen Arbeitnehmers (keine Kinder) im Jahr 1998 24.704 Euro betragen. Das verfügbare Einkommen habe bei 14.876 Euro gelegen, was einem prozentualen Anteil von 60,2 Prozent entspreche. 2013 habe der Durchschnittslohn dieses Arbeitnehmers 31.089 Euro betragen. Netto seien davon 20.225 Euro geblieben, was einer Steigerung auf 65,1 Prozent entspreche.

Auch verheiratete Arbeitnehmer mit zum Beispiel zwei Kindern (Steuerklasse III) haben mehr Netto. Der Jahresarbeitslohn wird für 1998 mit 24.704 Euro angegeben. Netto bleiben davon 20.967 Euro, was 84,9 Prozent entspricht. 2012 betrug das Bruttojahresgehalt 30.432 Euro, das Nettogehalt 26.999 Euro, also 88,7 Prozent. Ich begrüße diese Entwicklung sehr. Steuererhöhungen - wie sie die SPD nach der letzten Wahl wollte - lehnen meine Fraktionskollegen und ich unter normalen Umständen weiterhin ab.

## Mittelstand bildet Rückgrat der europäischen Wirtschaft

Unternehmen mit bis zu 249 Mitarbeitern erwirtschafteten 2012 rund 58 Prozent der Wertschöpfung der gewerblichen Wirtschaft der EU und stellten rund 66 Prozent aller Arbeitsplätze. Diese Zahlen hat das DIW Berlin vor einigen Tagen veröffentlicht.

Während die meisten kleinen und mittleren Unternehmen in Europa unter der Krise stark gelitten haben, bilden deutsche KMUs wieder einmal eine der wenigen Ausnahmen: Hier stieg die Wertschöpfung um 12 und die Beschäftigung sogar um 17 Prozent. Großunternehmen können da nicht mithalten. Ihre Wertschöpfung und Angestelltanzahl wuchs „nur“ um 6 bzw. 8 Prozent.

### Impressum:

Ausgabe Nr.: 8

08/14

11. April 2014

### Helmut Brandt MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 / 227-71472

Fax: 030 / 227-76471

E-Mail: [helmut.brandt@bundestag.de](mailto:helmut.brandt@bundestag.de)

### Wahlkreis:

Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf

Tel.: 02404/557830

Fax: 02404/673445

E-Mail: [helmut.brandt@wk.bundestag.de](mailto:helmut.brandt@wk.bundestag.de)Internet: [helmut-brandt.de](http://helmut-brandt.de)[facebook.com/mdb.helmut.brandt](https://www.facebook.com/mdb.helmut.brandt)